

Blocher: «Der Bundesrat hat schon kapitulierte»

Christoph Blocher, der Bundesrat führt Kontingente und den Inländervorrang ein, wie von der SVP-Initiative verlangt. Sind Sie zufrieden?

Christoph Blocher: Der Bundesrat hat gestern jene Umsetzungsvariante präsentiert, die man erwarten konnte. Sie orientiert sich am System der Kontingente und des Inländervorrangs, wie wir ihn zwischen 1970 und 2007 kannten. Allerdings hat der Bundesrat für den Bezug von Sozialversicherungsgeldern keine längeren Wartezeiten definiert. Auch den Familiennachzug hat er nicht eingeschränkt. Da müssen wir in der Vernehmlassung Gegensteuer geben.

Bundesrätin Sommaruga sieht sich unter Zeitdruck. Wäre es nicht hilfreich, der Bundesrat hätte mehr Zeit als bis Februar 2017, die Personenfreizügigkeit neu zu verhandeln?

Blocher: Nein. Erstens hätte der Bundesrat den gleichen Umsetzungsvorschlag schon im letzten Juni vorlegen können. Zweitens braucht man nur ein bestehendes Konzept aus der Schublade zu ziehen. Und drittens soll der Bundesrat jetzt endlich vorwärts machen und die Zuwanderung beschränken, wie es das Volk beschlossen hat. Wenn er nach längeren Fristen ruft, zeigt dies nur, dass er dem Volkswillen möglichst lange nicht Rechnung tragen will.

Trauen Sie dem Bundesrat erfolgreiche Verhandlungen zu?

Blocher: Der Bundesrat hat schon kapitulierte und gestern abermals betont, dass für ihn der Wegfall der bilateralen Verträge unter keinen Umständen in Frage kommt. Strategisch ist das völlig falsch.

Wieso?

Blocher: Bei dieser Ausgangslage kann die EU der Schweiz drohen, sie lasse die Bilateralen im Falle einer Kündigung der Personenfreizügigkeit fallen, auch wenn die Länder dies gar nicht wollen. Und schon knickt der Bundesrat ein, obwohl er jetzt so tut, als setze er den Volkswillen um. In dieser Zeit wird die Zuwanderung weiterhin steigen. Allein letztes Jahr kamen wieder mehr als 80 000 Personen, die hier bleiben!

Soll der Bundesrat die Personenfreizügigkeit kündigen, wenn die Verhandlungen über eine Anpassung im Sinne der SVP-Initiative scheitern?

Blocher: Ja natürlich: Wenn die EU eine Anpassung der Personenfreizügigkeit nicht akzeptiert, muss der Bundesrat die Kontingente und den Inländervorrang durchsetzen und das Abkommen kündigen.

Dann fällt die Guillotine, und die ganzen Bilateralen I sind nichtig.

Blocher: Das glaube ich nicht. Grundsätzlich gilt aber: Der Nachteil einer jährlichen Zuwanderung von 80 000 Personen

mit all ihren Folgekosten für die Infrastruktur und die Sozialversicherungen ist gravierender als der allfällige Wegfall der Bilateralen. Das will die EU aber nicht.

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann sieht das anders. Wer die Bedeutung der Bilateralen für die Wirtschaft kleinredet, der spiele mit dem Feuer.

Blocher: Ich bin nicht gegen die Weiterführung der bilateralen Verträge. Ihre Bedeutung wird jedoch massiv überschätzt. Ich bin überzeugt: Die EU wird nicht auf diese Abkommen verzichten wollen. Sie hat kein Interesse daran, wieder tarifäre Handelshemmnisse einzuführen und Maschinen bei der

Einfuhr in die Schweiz zweifach zertifizieren zu lassen.

Sie will weiterhin mit ihren Lastwagen ungehindert durch den Gotthard brettern können. Der Bundesrat soll endlich den Volkswillen durchsetzen!

INTERVIEW KARI KÄLIN
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

